

VERBANDSSATZUNG DES ZWECKVERBANDS 'BAUHOF TKS'

Präambel

Auf der Grundlage der §§ 1, 10 und 13 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg (GKGBbg) vom 10. Juli 2014 (GVBl. I/14, [Nr. 32]), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. November 2017 (GVBl. I/17, [Nr. 25]), vereinbaren die Stadt Teltow und die Gemeinden Kleinmachnow und Stahnsdorf zur Bildung des Zweckverbands „Bauhof TKS“ folgende Verbandssatzung:

I. Allgemeines

§ 1

Verbandsmitglieder, Verbandsgebiet, Name, Sitz

- (1) Die Stadt Teltow, die Gemeinde Kleinmachnow und die Gemeinde Stahnsdorf bilden als Verbandsmitglieder zum Betrieb eines gemeinsamen Bauhofs nach den §§ 1, 4 ff., 10 ff. des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg (GKGBbg) einen Zweckverband.
- (2) Verbandsgebiet ist das Gemeindegebiet der Stadt Teltow, der Gemeinde Kleinmachnow und der Gemeinde Stahnsdorf.
- (3) Der Name des Zweckverbands lautet:

Zweckverband 'Bauhof TKS'

- (4) Der Zweckverband hat seinen Sitz in Stahnsdorf. Die Geschäftsstelle befindet sich zunächst in 14532 Kleinmachnow, Am Bannwald 1 A, ab dem 01. November 2020 in 14532 Stahnsdorf, Hamburger Str. (*Teilfläche Flurstück 784 der Flur 5*).

- (5) Der Zweckverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Er verwaltet seine Angelegenheiten im Rahmen der Gesetze unter eigener Verantwortung. Er dient dem öffentlichen Wohl und strebt nicht an, Gewinne zu erzielen.

§ 2

Verbandsaufgaben

- (1) Der Zweckverband hat im Verbandsgebiet die Aufgabe, einen kommunalen Bauhof zu errichten, zu unterhalten und zu betreiben. Die Mitgliedsgemeinden beauftragen den Zweckverband gemäß § 10 Abs. 1, 1. Alt. GKGBbg mit der Durchführung der Unterhaltung, Reparatur und Erneuerung von Straßen, Wegen, Plätzen sowie Regenwassereinrichtungen, Grünanlagen, Straßenreinigung, Bäumen und Wald, Spiel- und Sportplätzen, Ausstattung des öffentlichen Raums, Straßenbeleuchtung, Schulhöfen sowie der Durchführung des Winterdienstes und der Unterstützung bei der Herstellung der öffentlichen Ordnung, Havarie, Notfällen sowie Durchführung von Wahlen. Es gilt insoweit der im Leistungsverzeichnis (Anlage 1) bestimmte Umfang.
- (2) Der Zweckverband nimmt seine Tätigkeit nach § 2 Abs. 1 S. 2 ab dem 01. November 2020 auf.
- (3) Der Zweckverband ist berechtigt, sich zur Erfüllung seiner Aufgaben Dritter zu bedienen.
- (4) Der Zweckverband ist berechtigt, Leistungen auch für andere juristische Personen als die Verbandsmitglieder zu erbringen, wenn es sich dabei um Anstalten des öffentlichen Rechts, Gesellschaften des privaten Rechts oder andere juristische Personen handelt, an denen ausschließlich ein oder mehrere Verbandsmitglieder beteiligt sind. Für sonstige Dritte darf der Zweckverband Leistungen nur im Ausnahmefall erbringen.
- (5) Die Verbandsmitglieder sind verpflichtet, den Zweckverband bei der Erfüllung seiner Aufgaben zu unterstützen. Sie haben vor der dauerhaften Durchführung von Maßnahmen, die mittelbar oder unmittelbar Auswirkungen auf den Zweckverband haben

oder dessen Aufgabenbereich berühren können, die Zustimmung des Zweckverbands einzuholen.

- (6) Der Zweckverband darf bei Erfüllung seiner Aufgaben in entsprechender Anwendung des § 91 BbgKVerf insbesondere auch Nebenleistungen nach § 91 Abs. 5 BbgKVerf erbringen.

§ 3

Eigentum und Personal des Zweckverbands

- (1) Der Zweckverband wird Eigentümer der von den Verbandsmitgliedern übertragenen Geräte, Maschinen, Fahrzeuge und sonstiger Ausstattung, sowie von ihm künftig zu erwerbender Gegenstände und Einrichtungen, die er für die Wahrnehmung seiner Aufgaben benötigt. Das Eigentum geht zum 01. November 2020 auf den Zweckverband über.
- (2) Der Zweckverband stellt die zur Erfüllung der Verbandsaufgaben erforderlichen Bediensteten ein. Das zum Zeitpunkt der Verbandsgründung den Bauhöfen der Verbandsgemeinden zuzuordnende Personal wird zum 01. November 2020 auf den Zweckverband im Wege des Betriebsübergangs gemäß § 613 a BGB übergeleitet. Die Überleitung erfolgt unter Übernahme des Besitzstandes. Einzelheiten werden in einem gesonderten Vertrag geregelt.

II. Vertretung und Verwaltung des Zweckverbands

§ 4

Organe des Zweckverbands

Organe des Zweckverbands sind:

1. die Verbandsversammlung und
2. der Verbandsvorsteher (Verbandsleitung).

1. Verbandsversammlung

§ 5

Zusammensetzung der Verbandsversammlung

- (1) Die Verbandsversammlung setzt sich aus Vertretern der Verbandsmitglieder (Vertretungspersonen) zusammen. Jedes Verbandsmitglied entsendet drei Vertretungspersonen in die Verbandsversammlung.
- (2) Die Verbandsmitglieder werden in der Verbandsversammlung durch ihre Hauptverwaltungsbeamtin oder ihren Hauptverwaltungsbeamten vertreten. Im Fall der Verhinderung werden sie durch ihre allgemeinen Stellvertreterinnen oder Stellvertreter vertreten, wenn sie nicht eine andere Bedienstete oder einen anderen Bediensteten benennen. Die Hauptverwaltungsbeamten können eine Bedienstete oder einen Bediensteten mit der Wahrnehmung der Vertretung des Verbandsmitglieds in der Verbandsversammlung dauerhaft betrauen. Ist die betraute Person verhindert, nimmt die Hauptverwaltungsbeamtin oder der Hauptverwaltungsbeamte die Vertretung wahr, wenn sie oder er die Verhinderungsververtretung der betrauten Person nicht auf eine andere Bedienstete oder auf einen anderen Bediensteten dauerhaft übertragen hat.
- (3) Weitere Vertretungspersonen der Verbandsmitglieder und deren Stellvertreterinnen und Stellvertreter werden gemäß §§ 40, 41 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) von der Vertretungskörperschaft des Mitglieds für die Dauer ihrer Wahlperiode gewählt und üben ihr Amt bis zum Amtsantritt der neuen Vertretungspersonen weiter aus. Wählbar sind die Mitglieder der Vertretungskörperschaft und die Bediensteten des Verbandsmitglieds.
- (4) Die Vertretungsperson eines Verbandsmitgliedes scheidet aus der Verbandsversammlung aus, wenn die Voraussetzungen ihrer Wahl oder Entsendung wegfallen. In diesem Fall bestellt das Verbandsmitglied für die Verbandsversammlung bis zum Ende der Wahlperiode einen anderen Vertreter oder Stellvertreter.

- (5) In der Verbandsversammlung hat jedes Verbandsmitglied so viele Stimmen wie Vertreter in der Verbandsversammlung. Die Stimmen jedes Verbandsmitglieds können nur einheitlich abgegeben werden. Sind in einer Sitzung mehrere Vertreter eines Verbandsmitglieds anwesend, so werden dessen Stimmen von seinem gesetzlichen Vertreter oder – bei dessen Abwesenheit – von seinem Vertreter (vgl. Abs. 2 S. 2) geführt, es sei denn, von dem Verbandsmitglied ist ein anderer Vertreter als Stimmführer benannt.
- (6) Die Vertretungskörperschaft eines Verbandsmitgliedes kann der Vertretungsperson des Verbandsmitgliedes Richtlinien und Weisungen erteilen.
- (7) Die Mitglieder der Verbandsversammlung sowie ihre Stellvertreter sind ehrenamtlich tätig. Sie erhalten eine Aufwandsentschädigung und haben Anspruch auf Ersatz des Verdienstausfalls. Der Verdienstausfall wird nach den für Gemeinden geltenden Vorschriften berechnet.
- (8) Die Verbandsversammlung wählt aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden (Vorsitzender der Verbandsversammlung) und einen Stellvertreter des Vorsitzenden.

§ 6

Aufgaben der Verbandsversammlung

- (1) Die Verbandsversammlung legt die Grundsätze der Verwaltung des Zweckverbands fest. Die Verbandsversammlung entscheidet in den ihr durch Gesetz und Satzung zugewiesenen Aufgaben und überwacht die Durchführung ihrer Entscheidungen und Beschlüsse.
- (2) Die Verbandsversammlung beschließt über alle wichtigen Angelegenheiten des Zweckverbands. Die Verbandsversammlung ist insbesondere zuständig für
 1. die Wahl und die Abwahl des Vorsitzenden der Verbandsversammlung und seines Stellvertreters,
 2. die Wahl und die Abwahl des Verbandsvorstehers und seines Stellvertreters,
 3. allgemeine Grundsätze, nach denen der Zweckverband geführt werden soll,

4. die Bestellung der Vertreter des Zweckverbands in Verbänden und sonstigen Einrichtungen,
5. die Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan,
6. die Festsetzung und Änderung der Verbandsumlage,
7. die Festsetzung und Änderung der Entgeltsätze für Leistungen des Verbands,
8. die Feststellung des Jahresabschlusses (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung) sowie die Verwendung des Überschusses,
9. die Entgegennahme des geprüften Jahresabschlusses und die Entlastung des Vorstandsvorstehers,
10. die Beschlussfassung über die Änderung und Aufhebung der Verbandssatzung sowie den Erlass, die Änderung und Aufhebung weiterer allgemeiner Satzungen, die die Organisation des Zweckverbands betreffen,
11. die Entscheidung über die Errichtung und die wesentliche Erweiterung der den Verbandsaufgaben dienenden Einrichtungen,
12. die Beschlussfassung über die Auseinandersetzungsvereinbarung im Falle des Ausscheidens von Verbandsmitgliedern oder der Auflösung des Zweckverbands,
13. die Übertragung von Aufgaben auf andere Verwaltungsträger
14. die Beschlussfassung über den Erlass, die Änderung und die Aufhebung der Geschäftsordnung für die Verbandsversammlung,
15. die Veräußerung und Belastung sowie den Erwerb von Grundstücken und sonstigen Vermögensteilen, soweit es sich nicht um ein Geschäft der laufenden Verwaltung handelt,
16. die Übernahme von Bürgschaften,
17. die Aufnahme und Gewährung von Krediten,

18. die Vergabe von Aufträgen über 75 T Euro (netto),
 19. den Abschluss von Vergleichen ab einem Wert von 25 T Euro (netto),
 20. die Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen ab einem Wert von 25 T Euro (netto),
 21. die Grundsätze für Dienst- und Angestelltenverhältnisse sowie für Personalentwicklung und -planung,
 22. die Anstellung und Abberufung eines hauptamtlichen Geschäftsführers und seines Stellvertreters auf Vorschlag des Verbandsvorstehers,
 23. die Entscheidung über die Einstellung und Entlassung von Bediensteten des Zweckverbands ab einer TVöD Entgeltgruppe 12,
 24. die Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder,
 25. die Aufnahme neuer Mitglieder, den Austritt von Verbandsmitgliedern und die Auflösung des Zweckverbands,
 26. die Bestellung des Vertreters der Verbandsversammlung in Rechtstreigkeiten mit dem Verbandsvorsteher,
 27. die Beschlussfassung über die Übertragung der Rechnungsprüfung auf ein Verbandsmitglied,
 28. die Einführung und Änderung eines Dienstsiegels.
- (3) Die Angelegenheiten des Absatzes (2) Nr. 1 bis 28 können von der Verbandsversammlung nicht auf den Verbandsvorsteher übertragen werden.

§ 7

Einberufung der Verbandsversammlung

- (1) Die Verbandsversammlung ist einzuberufen, wenn es die Geschäftslage erfordert, jedoch jährlich mindestens zweimal. Sie muss einberufen werden, wenn mindestens ein Drittel der Vertreter in der Verbandsversammlung oder schriftlich gegenüber

dem Verbandsvorsteher oder der Verbandsvorsteher selbst oder ein Beschluss der Gemeindevertretung eines Verbandsmitgliedes dies unter Angabe des Verhandlungsgegenstands beantragt.

- (2) Die Verbandsversammlung wird von ihrem Vorsitzenden schriftlich unter Mitteilung der Tagesordnung einberufen. Die Ladungsfrist beträgt zwei Wochen. Bei der Frist werden Tag der Absendung und der Tag der Sitzung nicht berücksichtigt. Die Geschäftsordnung kann für dringende Fälle eine kürzere Ladungsfrist vorsehen. Auf die Verkürzung ist in der Ladung hinzuweisen. Die Dringlichkeit ist zu begründen.
- (3) Die erstmalige Einberufung der Verbandsversammlung und die Wahrnehmung der Funktion des Verbandsvorstehers bis zur Wahl eines Verbandsvorstehers erfolgt durch den Bürgermeister der Gemeinde Kleinmachnow, in seiner Vertretung durch den Bürgermeister der Gemeinde Stahnsdorf.

§ 8

Beschlussfähigkeit, Öffentlichkeit

- (1) Die Verbandsversammlung ist nur beschlussfähig, wenn die anwesenden Vertreter mehr als die Hälfte der satzungsmäßigen Stimmenzahl der Verbandsversammlung erreichen.
- (2) Wird die Verbandsversammlung wegen Beschlussunfähigkeit innerhalb von vier Wochen zum zweiten Mal ordnungsgemäß zur Verhandlung über denselben Gegenstand einberufen, so ist sie ohne Rücksicht auf die in der Sitzung vertretene Stimmenzahl beschlussfähig. Auf diese Folge ist in der zweiten Ladung ausdrücklich hinzuweisen.
- (3) Die Sitzungen der Verbandsversammlung sind öffentlich, soweit es die Eigenart eines Tagesordnungspunktes oder der Schutz berechtigter Interessen Dritter nicht verbietet.

§ 9

Beschlussfassung

- (1) Beschlüsse werden, soweit durch Gesetz oder diese Satzung nichts anderes bestimmt ist, mit der Mehrheit der auf „Ja“ oder „Nein“ lautenden Stimmen gefasst. Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt. Schreibt ein Gesetz oder die Verbandssatzung Einstimmigkeit bei der Beschlussfassung vor, so ist der Beschluss ohne Gegenstimme zu fassen.
- (2) In Fällen äußerster Dringlichkeit kann der Vorstandsvorsteher mit dem Vorsitzenden der Verbandsversammlung entscheiden (Eilentscheidung). Diese Entscheidung ist der Verbandsversammlung in der nächsten Sitzung zur Genehmigung vorzulegen. Diese kann die Dringlichkeitsentscheidung aufheben, soweit nicht schon Rechte anderer durch die Ausführung des Beschlusses entstanden sind.
- (3) Eine Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen ist bei Beschlüssen nach § 6 Abs. 2 Nr. 1, 2, 6, 10, 12 erforderlich. Für einen Beschluss nach § 6 Abs. 2 Nr. 7 und für einen Beschluss über die Änderung der Verbandsaufgaben nach § 2 Abs. 1 ist Einstimmigkeit erforderlich.
- (4) Die Beschlüsse der Verbandsversammlung werden nach Maßgabe des § 20 (1) dieser Satzung öffentlich bekannt gemacht.

§ 10

Wahlen der Verbandsversammlung

- (1) Gewählt wird geheim. Abweichungen können vor der jeweiligen Wahl einstimmig beschlossen werden.
- (2) Gewählt ist die vorgeschlagene Person, welche die nach gesetzlichen Vorschriften oder dieser Satzung vorgesehene Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhalten hat. Erreicht im ersten Wahlgang niemand die vorgesehene Mehrheit der abgegebenen Stimmen, findet zwischen den Personen mit den beiden höchsten Stimmzahlen eine Stichwahl statt. Bei der Stichwahl ist gewählt, wer in der Stichwahl die meisten

Stimmen auf sich vereinigt. Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los, das der Ver-
sammlungsleiter zieht.

§ 11

Niederschrift

Über die Sitzung der Verbandsversammlung ist eine Niederschrift anzufertigen, die vom Vorsitzenden der Verbandsversammlung zu unterzeichnen ist. Die Niederschrift hat den wesentlichen Inhalt der Verhandlungen und Beschlüsse, insbesondere die Abstimmungsergebnisse, festzuhalten. Die Niederschrift ist den Verbandsmitgliedern innerhalb von zwei Monaten nach der Sitzung, spätestens jedoch mit Einladung zur nächsten Sitzung zu übersenden.

2. Verbandsleitung

§ 12

Wahl des Verbandsvorstehers

- (1) Die Verbandsversammlung wählt die Verbandsleitung. Die Verbandsleitung setzt sich aus einem Verbandsvorsteher sowie einem Stellvertreter zusammen.
- (2) Die Verbandsleitung ist ehrenamtlich tätig.
- (3) Der ehrenamtliche Verbandsvorsteher erhält eine Aufwandsentschädigung. Über diese beschließt die Verbandsversammlung.
- (4) Die Wahlzeit für den Verbandsvorsteher sowie seinen Stellvertreter beträgt acht Jahre. Die Wahlzeit beginnt mit der Übernahme des Amtes. Der Verbandsvorsteher und sein Stellvertreter üben ihr Amt solange aus, bis ein Nachfolger gewählt ist. Der Verbandsvorsteher kann mehrfach wieder gewählt werden.
- (5) Die Verbandsversammlung kann den Verbandsvorsteher vor Ablauf der Wahlzeit abwählen. Für den Antrag auf Abwahl ist eine Mehrheit von zwei Drittel der

satzungsmäßigen Stimmenzahl der Versammlung erforderlich. Zwischen dem Eingang des Antrages und der Sitzung der Versammlung muss eine Frist von mindestens sechs Wochen liegen. Dem Vorstandsvorsitzenden ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Über den Antrag ist ohne Aussprache abzustimmen, der Beschluss über die Abwahl bedarf einer Mehrheit von zwei Dritteln der satzungsmäßigen Stimmenzahl der Versammlung.

§ 13

Stellung und Aufgaben des Vorstandsvorsitzenden

- (1) Der Vorstandsvorsitzende vertritt den Zweckverband gerichtlich und außergerichtlich. Er ist Leiter der Verbandsverwaltung. Der Vorstandsvorsitzende bereitet die Beschlüsse der Versammlung vor und führt sie aus.
- (2) Der Vorstandsvorsitzende erledigt in eigener Zuständigkeit die Geschäfte der laufenden Verwaltung und die ihm sonst von der Versammlung oder durch Gesetz übertragenen Aufgaben. Er ist befugt, sich zur Erfüllung seiner Aufgaben eines hauptamtlichen Geschäftsführers zu bedienen.
- (3) In dringenden Angelegenheiten, deren Erledigung nicht bis zu einer Sitzung der Versammlung aufgeschoben werden kann, entscheidet der Vorstandsvorsitzende im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden der Versammlung anstelle der Versammlung. Die Gründe für die Eilentscheidung und die Art der Erledigung sind der Versammlung unverzüglich mitzuteilen.
- (4) Der Vorstandsvorsitzende hat die Versammlung über alle wichtigen Angelegenheiten des Zweckverbands zu unterrichten.
- (5) Der Vorstandsvorsitzende ist Dienstvorgesetzter der Bediensteten des Zweckverbands. Die Versammlung ist Dienstvorgesetzter des Vorstandsvorsitzenden.
- (6) Erklärungen und Dokumente, durch die der Zweckverband verpflichtet werden soll, bedürfen der Schriftform. Sie sind von dem Vorstandsvorsitzenden oder seinem Stellvertreter und vom Geschäftsführer oder seinem Stellvertreter oder einem Mitglied der Versammlung zu unterzeichnen. Dies gilt nicht für Geschäfte der laufenden Verwaltung sowie für Geschäfte, die ein für ein bestimmtes Geschäft oder

einen Kreis von Geschäften ausdrücklich Bevollmächtigter abschließt, wenn die Vollmacht in der Form des S. 1 und 2 erteilt oder die Geschäftsordnung eine entsprechende Regelung vorsieht.

§ 14

Geschäftsführer

- (1) Der Zweckverband hat mindestens einen hauptamtlichen Geschäftsführer (Leiter des Bauhofes). Die Verbandsversammlung kann einen weiteren Geschäftsführer oder stellvertretenden Geschäftsführer bestimmen. Bei mehreren Geschäftsführern kann bestimmt werden, dass diese jeweils einzelvertretungsberechtigt sind.
- (2) Der Geschäftsführer erledigt die Geschäfte der laufenden Verwaltung, soweit er hierzu vom Vorstandsvorsteher ermächtigt wurde. Der Geschäftsführer ist insbesondere ermächtigt für:
 1. die Einstellung von Bediensteten des Zweckverbands; § 6 Abs. 2 Nr. 23 bleibt hiervon unberührt.
 2. die Entscheidung über dringende Personalangelegenheiten i.S.d. § 6 Abs. 2 Nr. 23, deren Erledigung nicht bis zu der nächsten Sitzung der Verbandsversammlung aufgeschoben werden kann; § 9 Abs. 2 S. 2 und S. 3 gilt entsprechend.
 3. die Vergabe von Aufträgen bis einschließlich 75 T Euro (netto); dabei hat bei der Vergabe von Aufträgen ab 10 T € (netto) der zweite Geschäftsführer oder stellvertretende Geschäftsführer oder, soweit diese nicht bestellt sind, ein vom Vorstandsvorsteher zu ermächtigender weiterer Bediensteter des Zweckverbandes mit zu entscheiden.
- (3) Näheres wird in einer Geschäftsordnung geregelt, welche durch die Verbandsversammlung erlassen wird.

III. Wirtschafts-, Kassen- und Rechnungsprüfung

§ 15

Wirtschaftsführung

- (1) Der Zweckverband nimmt seine Wirtschaftsführung, das Rechnungswesen und die Jahresabschlussprüfung nach den Vorschriften über die Eigenbetriebe wahr.
- (2) Wirtschaftsjahr ist das Kalenderjahr. Der Zweckverband erlässt für jedes Wirtschaftsjahr einen Wirtschaftsplan.
- (3) Die Rechnungsprüfung erfolgt durch die Gemeinde Kleinmachnow. Die Versammlung kann beschließen, sich des Rechnungsprüfungsamtes einer anderen Kommune zu bedienen. Im Einvernehmen mit dem danach zuständigen Rechnungsprüfungsamt kann der Zweckverband unmittelbar einen Wirtschaftsprüfer mit der Prüfung beauftragen.

§ 16

Deckung des Finanzbedarfs, Verbandsumlage

- (1) Der Finanzbedarf des Zweckverbands ist durch Leistungsentgelte, welche er für seine Leistungen im Auftrag der Verbandsmitglieder auf der Grundlage von mit den einzelnen Verbandsmitgliedern geschlossenen Leistungsvereinbarungen erhebt, zu decken. Diese Entgelte werden in der Form von Stunden- und Maschinenverrechnungssätzen kalkuliert und erhoben. Spätestens drei Monate vor Tätigkeitsbeginn sind durch den Zweckverband eine Erstkalkulation vorzulegen und ggf. Änderungen der Verrechnungssätze vorzuschlagen, über die in der Versammlung zu beschließen ist. Nach Beginn der Tätigkeitsaufnahme durch den Zweckverband sind die Verrechnungssätze innerhalb einer angemessenen Frist, spätestens zum 31. Dezember 2022 und anschließend alle 2 Jahre zu überprüfen, gegebenenfalls neu zu berechnen und durch Beschluss der Versammlung festzusetzen.

- (2) Die Verbandsmitglieder haben eine Einlage von 2 Mio. Euro zu erbringen. Diese ist anteilig in Höhe von 400 T Euro bei Gründung des Verbands zu leisten. Die restliche Einlage ist bei Beginn der Tätigkeitsaufnahme zu erbringen.
- (3) Auf die Einlage wird jedem Verbandsmitglied der Wert, den die an den Zweckverband gemäß § 3 (1) zu übertragenden Arbeitsgeräte, Maschinen und der Fuhrpark zum Beginn der Tätigkeitsaufnahme haben, angerechnet.
- (4) Wird der Finanzbedarf nicht durch die Leistungsentgelte nach § 16 (1) und Kredite gedeckt, erhebt der Zweckverband von den Verbandsmitgliedern eine Umlage, soweit auch sonstige Erträge, Einzahlungen und nicht benötigte Finanzmittel nicht ausreichen, um den Finanzbedarf zu decken.
- (5) Die Verbandsumlage wird auf die Verbandsmitglieder entsprechend ihrer Inanspruchnahme des Zweckverbands verteilt. Die Gesamthöhe der Umlage und der von den einzelnen Verbandsmitgliedern zu tragende Anteil sind im Wirtschaftsplan für jedes Haushaltsjahr neu festzulegen. Sie kann während des Wirtschaftsjahres nur durch einen Nachtrag zum Wirtschaftsplan geändert werden.
- (6) Der Zweckverband hat zur Deckung seines liquiditätswirksamen Finanzbedarfes Vorauszahlungen bis zur Höhe der nach Absatz 4 voraussichtlich erforderlichen Umlagen zu erheben, wenn der Wirtschaftsplan oder eine Nachtragssatzung nicht mehr rechtzeitig erlassen werden kann und soweit die Aufnahme eines Kassenkredites unzulässig, unmöglich oder für den Zweckverband unwirtschaftlich ist. Die Vorauszahlungen sind mit der endgültigen Umlage zu verrechnen.
- (7) Gegen eine Forderung auf Zahlung der Umlage oder der Vorauszahlung nach Absätzen 4 und 6 ist die Aufrechnung nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Gegenforderungen zulässig. Der Zweckverband kann Zahlungsansprüche gegen die Verbandsmitglieder ganz oder teilweise an Dritte abtreten, soweit dies zur Erfüllung rechtlicher Pflichten des Zweckverbands oder zur Aufrechterhaltung seiner Liquidität erforderlich ist. Die Absicht der Abtretung ist dem betroffenen Verbandsmitglied und der Kommunalaufsichtsbehörde rechtzeitig anzuzeigen.
- (8) Soweit in einem Geschäftsjahr Überschüsse erwirtschaftet werden, werden diese ausschließlich für die Erfüllung der Aufgaben des Zweckverbands, insbesondere für den Ausgleich etwaiger in früheren Geschäftsjahren angefallenen oder in späteren

Geschäftsjahren anfallenden Verlusten, verwendet oder der Erneuerungsrücklage zugeführt. Auch eine Kombination aus Verlustausgleich und Rücklagenzuführung ist möglich. Die Verteilung soll der jeweiligen Wirtschaftssituation entsprechen.

- (9) Soweit in einem Zeitraum von mehreren Geschäftsjahren (maximal drei Jahre) auch nach Durchführung des Ausgleichs nach Absatz 3 ausnahmsweise die Einnahmen zur Deckung des Finanzbedarfs nicht ausreichen, erhebt der Zweckverband zum Ausgleich des Fehlbetrages eine entsprechende Ausgleichsumlage von den Verbandsmitgliedern. Der Maßstab für die Beteiligung der einzelnen Verbandsmitglieder an der Ausgleichsumlage ist das Verhältnis der von den Verbandsmitgliedern in den verlustbehafteten vergangenen vollen Geschäftsjahren bezogenen Leistungen des Zweckverbands. Darüber hinaus kann die Verbandsversammlung bei Bedarf auch einen abweichenden Aufteilungsschlüssel beschließen.

§ 17

Geld- und Anlagevermögen

- (1) Das Geld- und Anlagevermögen wird nach den Grundsätzen der kaufmännischen Buchführung erfasst und geführt.
- (2) Die Anteile der Verbandsmitglieder an Geld- und Anlagevermögen werden jährlich als Bilanzanteile ausgewiesen.

IV. Änderung der Zusammensetzung des Zweckverbands, Auflösung und Abwicklung des Zweckverbands

§ 18

Aufnahme und Ausscheiden von Verbandsmitgliedern

- (1) Die Aufnahme setzt einen Antrag beim Zweckverband voraus. In dem Antrag soll erklärt werden, welche Vermögensgegenstände, Verbindlichkeiten und Forderungen mit dem Beitritt auf den Zweckverband übergehen sollen.

- (2) Das Ausscheiden eines Verbandsmitglieds aus dem Zweckverband setzt einen Antrag bei dem Zweckverband voraus. Dieser Antrag kann frühestens mit Wirkung zum 31. Dezember 2030 und danach alle drei Jahre zum Ende eines Kalenderjahres gestellt werden; die Antragsfrist beträgt 12 Monate. Stellt ein Verbandsmitglied einen solchen Antrag, so ist jedes andere Verbandsmitglied berechtigt, seinerseits mittels eines Anschlussantrages sein Ausscheiden aus dem Zweckverband auf denselben Zeitpunkt zu beantragen. Der Anschlussantrag muss innerhalb einer Frist von zwei Monaten nach Eingang des ersten Antrags beim Zweckverband erklärt werden.
- (3) Jeder Antrag bedarf der Schriftform. Er ist an den Zweckverband durch eingeschriebenen Brief mit Rückschein zu senden. Der Zweckverband hat die übrigen Verbandsmitglieder unverzüglich darüber und über den Zeitpunkt des Eingangs des Antrags schriftlich zu unterrichten. Ist beim Austritt eine Auseinandersetzung notwendig, schließen das austrittswillige Verbandsmitglied, der Zweckverband und soweit erforderlich weitere Beteiligte eine Auseinandersetzungsvereinbarung. Die Vereinbarung ist der Kommunalaufsichtsbehörde anzuzeigen.
- (4) Einigen sich die Beteiligten nach mindestens zwei ernsthaften Einigungsversuchen nicht, entscheidet auf Antrag eines Beteiligten die Kommunalaufsichtsbehörde über die Auseinandersetzung nach pflichtgemäßem Ermessen durch Bescheid. Der Antrag muss den Austrittsgrund sowie den Stand der Einigungsgespräche mit den offenen Streitpunkten und den von den Beteiligten vorgeschlagenen Lösungen dokumentieren. Die Kommunalaufsichtsbehörde kann sich sachkundiger Dritter bedienen und die Kostentragung der Beteiligten in dem Bescheid regeln.
- (5) Ein ausscheidendes Mitglied haftet für die bis zu seinem Ausscheiden entstandenen Verbindlichkeiten des Zweckverbands entsprechend des Umlageschlüssels nach § 16 Abs. 5 dieser Satzung. Ein Rechtsanspruch auf einen Anteil am Verbandsvermögen besteht nicht.
- (6) Über den eingereichten Antrag auf Aufnahme oder Ausscheiden entscheidet die Verbandsversammlung durch Beschluss über die Änderung der Verbandssatzung. Für die öffentliche Bekanntmachung und die Wirksamkeit der Änderung gelten die Vorschriften über die öffentliche Bekanntmachung der Verbandssatzung gemäß § 14 GKGBbg entsprechend.

- (7) Erklärt ein Verbandsmitglied die Kündigung, gilt dies als Antrag nach Absatz 2. Das kündigende Verbandsmitglied hat einen Anspruch auf Änderung der Verbandssatzung nach Absatz 6, soweit das Recht zur Kündigung aufgrund einer Rechtsvorschrift besteht.
- (8) Sofern und soweit das ausscheidende Verbandsmitglied selbst wieder einen Bauhof betreibt, übernimmt es die Beschäftigten, die es zum Zeitpunkt der Zweckverbandsgründung auf den Zweckverband übergeleitet hat oder die der Zweckverband beschäftigt, um die aktuellen Aufgaben der Mitgliedsgemeinden zu erfüllen.

§ 19

Auflösung und Abwicklung des Zweckverbands

- (1) Die Auflösung des Zweckverbands erfolgt durch Aufhebung der Verbandssatzung durch die Verbandsversammlung. Für die Bekanntmachung gelten § 14 und § 31 Abs. 4 GKGBbg entsprechend.
- (2) Der Zweckverband ist kraft Gesetzes aufgelöst, wenn seine Aufgaben durch ein Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes vollständig auf einen anderen Verwaltungsträger übergehen. Gleiches gilt, wenn dem Zweckverband nur noch ein kommunales Mitglied angehört; in diesem Fall tritt das Mitglied an die Stelle des Zweckverbands. Die Kommunalaufsichtsbehörde hat die Auflösung nach § 14 Abs. 1 GKGBbg öffentlich bekannt zu machen.
- (3) Wird der Zweckverband nach Absatz 1 aufgelöst, so hat er seine Geschäfte abzuwickeln. Der Zweckverband gilt bis zum Ende der Abwicklung als fortbestehend, soweit es der Zweck der Abwicklung erfordert.
- (4) Abwickler ist die Verbandsleitung, wenn nicht die Verbandsversammlung etwas anderes beschließt.
- (5) Der Abwickler beendet die laufenden Geschäfte und zieht die Forderungen ein. Um schwebende Geschäfte zu beenden, kann er auch neue Geschäfte eingehen. Er fordert die bekannten Gläubiger besonders, andere Gläubiger durch öffentliche Bekanntmachungen, auf, ihre Ansprüche anzumelden. Der Abwickler kann mit den

kommunalen Mitgliedern die Übertragung von öffentlich-rechtlichen Forderungen vereinbaren.

- (6) Der Abwickler befriedigt die Ansprüche der Gläubiger. Im Übrigen ist das Verbandsvermögen nach dem Umlageschlüssel im Zeitpunkt der Auflösung auf die Verbandsmitglieder zu verteilen. Reicht das Vermögen zur Befriedigung der Gläubiger nicht aus, ist von den Verbandsmitgliedern eine Umlage nach dem Umlageschlüssel im Zeitpunkt der Auflösung zu erheben. Eine Auseinandersetzungsvereinbarung kann einen abweichenden Umlageschlüssel regeln.
- (7) Das nach Abzug der Verbindlichkeiten verbleibende Vermögen des Zweckverbands wird entsprechend des Umlageschlüssels des § 16 Abs. 5 dieser Satzung auf die Verbandsmitglieder verteilt. Im Übrigen ist noch vorhandenes eingebrachtes Vermögen unter Anrechnung auf den nach Satz 1 zu bestimmenden Anteil an das jeweilige Verbandsmitglied zurückzugeben.
- (8) Sofern und soweit die Verbandsmitglieder nach der Auflösung des Zweckverbands selbst wieder einen Bauhof betreiben, übernehmen sie die Beschäftigten, die sie zum Zeitpunkt der Verbandsgründung auf den Zweckverband übergeleitet haben oder die der Zweckverband bis zu seiner Auflösung beschäftigt hat, um die aktuellen Aufgaben des Verbandsmitglieds zu erfüllen.

Andernfalls sind die Bediensteten des Zweckverbands von den Verbandsmitgliedern anteilig zu übernehmen, soweit die Beschäftigungsverhältnisse nicht aufgelöst werden. Dabei ist das Verhältnis der Stimmen der kommunalen Mitglieder in der Verbandsversammlung zueinander maßgeblich. Der Abwickler bestimmt, von welchen Verbandsmitgliedern die einzelnen Bediensteten übernommen werden. Die Regelung, von welchen Verbandsmitgliedern die einzelnen Bediensteten zu übernehmen sind, erfolgt gleichzeitig mit dem Beschluss über die Auflösung des Zweckverbands.

V. Schlussbestimmungen

§ 20

Bekanntmachungen

- (1) Die Verbandssatzung und ihre Änderungen werden im Amtsblatt für den Landkreis Potsdam-Mittelmark bekannt gemacht.
- (2) Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzungen der Verbandsversammlung werden sieben volle Tage vor dem Tag der Sitzung durch Aushang im Schaukasten an nachfolgend genannten Orten im Verbandsgebiet bekanntgemacht:

Gemeinde Kleinmachnow:

Rathaus, Adolf-Grimme-Ring 10 vor dem Dienstgebäude auf dem Rathausmarkt,

Gemeinde Stahnsdorf:

Annastraße 3, vor dem Verwaltungsgebäude der Gemeinde Stahnsdorf,

Stadt Teltow:

Bekanntmachungskasten am Bürgerzentrum (Neues Rathaus), Marktplatz 1-3 (auf dem Marktplatz, vor der Treppe zum Haupteingang).

- (3) Sonstige Bekanntmachungen des Zweckverbands werden durch Aushang im Schaukasten an den in Abs. 2 bezeichneten Orten bekannt gemacht. Die Dauer des Aushangs (Aushangfrist) für sonstige Bekanntmachungen des Zweckverbands nach Satz 1 beträgt 14 Tage; hierbei werden der Tag des Anschlags und der Tag der Abnahme nicht mitgerechnet. Der Tag des Anschlags ist beim Anschlag, der Tag der Abnahme nach der Abnahme auf dem ausgehängten Schriftstück durch die Unterschrift des jeweiligen Bediensteten zu vermerken.

- (4) Die Verbandsmitglieder haben in der für ihre Bekanntmachungen vorgeschriebenen Form auf die Veröffentlichung nach Absatz 1 und Absatz 2 hinzuweisen.

§ 21

Inkrafttreten

Die Verbandssatzung tritt am 01. Juli 2019 in Kraft. Die Veröffentlichung ist mit Ablauf des Tages bewirkt, an dem die Veröffentlichung in dem letzten Amtsblatt erfolgt ist.